

Antrag

der Abg. Gabriele Rolland u. a. SPD

Mehr Engagement für Streuobstwiesen – Strukturen stärken, Bildung fördern, Pflege sichern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche regionalen und überregionalen Netzwerke, Initiativen oder Strukturen derzeit zur Förderung von Streuobstwiesen bestehen und welche Vereine, Verbände und Institutionen daran beteiligt sind;
2. wie sie die Qualität und Reichweite der bestehenden Vernetzung zwischen Streuobstwiesen-Akteurinnen und -akteuren beurteilt – im Hinblick auf Kooperation, Informationsfluss, gemeinschaftliche Pflege, Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und regionale Vermarktung;
3. wie sie die derzeitige Situation digitaler Angebote zur Information, Vermittlung und Vernetzung rund um Streuobstwiesen bewertet vor dem Hintergrund mehrerer regional begrenzter oder thematisch spezialisierter Plattformen (z. B. Streuobstwiesenbörse, myStueckle.de) und ob sie die Entwicklung eines zentralen, staatlich unterstützten Portals für sinnvoll hält, das Informationen zu Pflege, Förderung, Bildung und Vermarktung bündelt sowie Vermittlungsangebote integriert;
4. wie sie den Bedarf an regionalen Koordinationsstellen sowie die bestehende Unterstützungslandschaft für Streuobstwiesenbesitzende einschätzt, vor allem im Zusammenspiel von Fachberatung, Obst- und Gartenbauvereinen, kommunalen Stellen und ehrenamtlichen Initiativen – und welche Schritte sie plant, um Koordination, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit zu verbessern;
5. welche Bildungs-, Informations- oder Öffentlichkeitsprojekte zum Thema Streuobstwiesen aktuell mit Unterstützung des Landes umgesetzt oder gefördert werden;
6. in welcher Form Streuobstwiesen in schulischen Lehrplänen, Umweltbildungszentren, Jugendprogrammen oder der Erwachsenenbildung thematisiert werden und inwieweit eine stärkere Verankerung des Themas dabei angestrebt wird;
7. ob und welche Maßnahmen sie plant, um Angebote der Streuobstpädagogik sichtbarer und leichter zugänglich zu machen, vor allem für Schulen, Kitas und außerschulische Lernorte;
8. welche Kommunen – ergänzend zu Landesmitteln – eigene Maßnahmen zur Förderung der Streuobstpädagogik ergreifen, etwa indem sie Eigenanteile für Projekte in Schulen oder Kitas übernehmen, und ob sie plant, solche Beispiele als Best-Practice-Modelle sichtbar zu machen und andere Kommunen zur Nachahmung zu ermutigen;
9. wie sie die regelmäßige Pflege und damit den Erhalt von Streuobstwiesen langfristig sichern will – insbesondere bei fehlender Eigenpflege – und welche Maßnahmen zur Vermittlung von Pflegepartnerschaften oder professionellen Dienstleistungen sie dafür vorsieht;
10. wie sie die Notwendigkeit der Versorgung von Streuobstwiesen mit Wasserentnahmestellen bewertet, vor allem zur Bewässerung junger Bäume in Trockenzeiten, und welche Initiativen zur Einrichtung, Ertüchtigung oder Förderung solcher Infrastruktur bestehen oder geplant sind;

11. wie sie den Aufbau und Betrieb regionaler, möglichst niedrigrschwelliger Annahmestellen für Streuobst unterstützt – etwa in Form mobiler Pressen, kommunaler Sammelstellen oder lokaler Verwertungsinitiativen –, um die Nutzung und Vermarktung von Streuobst zu erleichtern;
12. welche Rolle Streuobstwiesen im Rahmen der Biotopverbundplanung spielen und welche konkreten Schritte unternommen werden, um sie als wichtige Vernetzungselemente im Natur- und Landschaftsschutz zu sichern und weiterzuentwickeln;
13. welche Maßnahmen sie ergreift, um eine landesweite systematische Erfassung und Priorisierung gefährdeter Streuobstflächen zu ermöglichen, um Schutzmaßnahmen gezielter planen und umsetzen zu können.

29.7.2025

Rolland, Röderer, Steinhülb-Joos, Storz, Weber SPD

Begründung

Streuobstwiesen sind artenreiche und ökologisch wertvolle Lebensräume, die das Landschaftsbild Baden-Württembergs wesentlich prägen. Für ihren langfristigen Erhalt ist eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Eigentümerinnen und Eigentümern, Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern, Vereinen, Verbänden und Kommunen unerlässlich.

In einzelnen Regionen existieren bereits gut strukturierte Netzwerke und Projekte, wie das „Schwäbische Streuobstparadies“, während andernorts eine fehlende Koordination und unzureichende Unterstützungsangebote Probleme bereiten. Insbesondere Obst- und Gartenbauvereine tragen mit Bildungs- und Beratungsangeboten wesentlich zum Wissenstransfer bei, stehen jedoch vor Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und begrenzten personellen Kapazitäten.

Die digitale Vernetzung ist durch eine Vielzahl unabhängiger Plattformen zersplittert, was den Zugang zu Informationen und Austausch erschwert. Zudem fehlen oft koordinierte Strukturen für die Vermittlung von Pflegepartnerschaften sowie für die Bereitstellung von Infrastruktur, wie Wasserentnahmestellen oder Verwertungsangeboten. Die im Antrag gestellten Fragen zielen darauf ab, diese Lücken zu identifizieren und Handlungsmöglichkeiten für eine verbesserte Vernetzung, Fachberatung, Pflegeförderung und Sichtbarkeit von Bildungsangeboten zu erarbeiten.